

17. Wahlperiode

Die Vorsitzende
des Ausschusses für Verfassungs- und Rechts-
angelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung

einstimmig mit SPD, CDU, GRÜNE und PIRATEN bei Enthaltung LINKE
--

An Plen

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten,
Verbraucherschutz, Geschäftsordnung

vom 2. Mai 2012

zum

Antrag der Piratenfraktion
Drucksache 17/0013
**Änderungen der Geschäftsordnung des
Abgeordnetenhauses von Berlin der 17. Wahlperiode**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 17/0013 – wird in der folgenden geänderten Fassung angenommen:

„Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 27. Oktober 2011
in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. November 2011 (GVBl. S. 537) wird

zur Gleichstellung einzelner Abgeordneter

wie folgt geändert:

1. In § 39 Absatz 1 wird Satz 3 durch folgenden neuen Satz 3 ersetzt: ‚Fünf Prozent der Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind berechtigt, einen Antrag zu stellen, sofern nicht die Verfassung, ein Gesetz oder die Geschäftsordnung etwas anderes vorschreibt.‘

2. In § 40 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter ‚können aus der Mitte des Abgeordnetenhauses gestellt werden‘ ersetzt durch ‚kann jedes Mitglied des Abgeordnetenhauses stellen‘.
3. § 40 Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung: ‚Anträge auf Annahme von Entschlüssen können von fünf Prozent der Mitglieder des Abgeordnetenhauses eingebracht werden.‘
4. In § 47 Absatz 1 wird Satz 2 durch folgenden neuen Satz 2 ersetzt: ‚Große Anfragen können fünf Prozent der Mitglieder des Abgeordnetenhauses stellen.‘“

Berlin, den 8. Mai 2012

Die Vorsitzende des Ausschusses
für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten,
Verbraucherschutz, Geschäftsordnung

Cornelia Seibeld